

EDU-Parolen für die Abstimmung vom 28. September **Die Delegierten der EDU Schweiz fassten am 21. Juni in Sumiswald die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2014.**

Nach den Grussworten des EDU-Präsidenten Hans Moser und dem Gemeindepräsidenten von Sumiswald, a. NR Christian Waber, debattierten die rund 60 Delegierten über die Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2014.

Volksinitiative vom 21. September 2011: "Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!": JA

Derzeit zahlen Gäste auf Speisen und Getränke in Restaurants 8 Prozent Mehrwertsteuer, in Take-away-Betrieben oder Supermärkten 2,5 Prozent. Dieser Unterschied soll behoben werden. Damit hat der Staat weniger Steuereinnahmen.

Möglicherweise würde er dies ausgleichen mit einer Erhöhung des Steuersatzes auf 3.8 Prozent.

(pro) Henrique Schneider vom Schweizerischen Gewerbeverband (sgv) sprach sich für die Initiative aus, denn sie biete gute Chancen für mehr Gerechtigkeit und beende diese MwSt-Diskriminierung und bringe eine Gleichbehandlung zwischen Gastgewerbe, Detailhandel und Take-away. Damit gleich lange Spiesse bei gleicher Leistung.

Folgende Kontra-Argumente wurden ins Feld geführt:

• **Hohe Kosten:** Durch eine Senkung des Steuersatzes für die Gastronomiebetriebe auf das tiefere Niveau der Nahrungsmittelhändler entgehe dem Staat laut Schätzungen jedes Jahr rund 700 Millionen Franken an Steuereinnahmen.

• **Heutige Einteilung sei korrekt:** Für den gesamten Dienstleistungssektor gelte der MwSt- Satz von 8 Prozent. Dieser solle auch für die Gastronomiebetriebe gelten, denn es gehe um die gesamte Dienstleistung wie Bedienung, Räumlichkeiten, richtiges Geschirr etc., welche ein Restaurant klar von einem Take-away unterscheidet.

Die DV der EDU Schweiz beschliesst die Ja-Parole. (Ja: 28, Nein: 18, Enthaltungen: 8)

71,5 Prozent der Stimmberechtigten haben die Vereinheitlichung der Mehrwertsteuersätze für Restaurants und Take-away-Betriebe abgelehnt. In keinem Kanton gab es über 36% Ja-Anteil.

Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse»: NEIN

Die Volksinitiative wurde von SP, Grünen sowie Patienten- und Konsumentenorganisationen lanciert. Der Souverän hat zum dritten Mal innerhalb von elf Jahren über einen von der Linken propagierten Systemwechsel in der obligatorischen Krankenversicherung zu befinden.

Die Initiative verlangt die Errichtung einer öffentlichen Einheitskasse durch den Bund, organisiert in kantonalen oder interkantonalen Agenturen. Sie soll die 61 Krankenkassen ablösen, die die obligatorische Krankenversicherung betreiben. In ihren Organen hätten Vertreter des Bunds, der Kantone, der Versicherten und der Leistungserbringer Einsitz zu nehmen. Gemäss den Übergangsbestimmungen sollen die Reserven, Rückstellungen und Vermögen aus dem Bereich der obligatorischen Krankenversicherung bei den privaten Kassen an die staatliche Einheitskasse gehen.

(pro) Nationalrätin Bea Heim (SP SO): Unser Gesundheitssystem habe Schwachstellen: 60 Krankenkassen mit über 300'000 Prämienmodellen – dies sei kompliziert, undurchsichtig und verwirrend und bringe viel Aufwand bei den Versicherten mit sich. Eine einzige, öffentliche Krankenkasse bringe kantonal festgelegte Prämien, garantiere freie Arzt- und Spitalwahl, biete verschiedene Versicherungsmodelle und Sorge für eine gute Koordination mit den anderen

Sozialversicherungen. Auf den Punkt gebracht: einfacher, gerechter und (deshalb) günstiger. Kontra-Referent Henrique Schneider vom Schweizerischen Gewerbeverband (sgv) äusserte sich gegen die Initiative:

- NEIN zu höheren Kosten für weniger Leistung und mehr Verwaltungsausgaben
- NEIN zur radikalen Änderung eines bewährten Systems
- NEIN zur Rationierung medizinischer Leistungen
- NEIN zur Abschaffung der Selbstbestimmung
- NEIN zur Abschaffung von Vielfalt und Innovation

Die Delegierten beschlossen die Nein-Parole (Ja: 5, Nein: 44, Enthaltungen: 4).

Auch die Stimmberechtigten haben die Initiative abgelehnt. Nur in den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Jura wurde die Initiative angenommen.

Die Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» wurde im **Kanton Bern** mit 228'169 Nein (73.2%) gegenüber 83'526 Ja (26.8%) abgelehnt. Im Oberland und im Berner Jura war der Nein- Stimmenanteil geringer als 70%.

2 Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» wurde ebenfalls abgelehnt mit 193'313 Nein (61.4%) gegenüber 121'710 Ja (38.6%). Über diesem Durchschnitt lag der Nein- Anteil in den Verwaltungskreisen Emmental, Oberaargau, Seeland, Thun; weniger deutlich in Biel-Seeland; dafür wesentlich deutlicher in den Verwaltungskreisen des Oberlandes. Im Juara Bernois resultierte ein Ja- Anteil von 62.5%